

Beteiligung Ingolstadts an „Nationaler Reserve Blackout„
-Dringlichkeitsantrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 11.01.2026-

Antrag:

die CSU-Stadtratsfraktion stellt folgenden Antrag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Anschaffung und Integration mobiler Netzersatzanlagen und Stromerzeuger im Rahmen der geplanten „Nationalen Reserve Blackout“ in die bestehende Notfallplanung für großflächige und länger andauernde Stromausfälle zu prüfen. Ziel ist es, die Funktionsfähigkeit kritischer städtischer Einrichtungen und die Handlungsfähigkeit der Stadtverwaltung im Krisenfall über mehrere Tage hinweg sicherzustellen.

Dabei sind insbesondere organisatorische Aspekte, Einbindung bestehender Kräfte und die Versorgungssicherheit zu berücksichtigen.

1. **Sicherstellung der Handlungsfähigkeit:** Ingolstadt muss auch bei länger andauernden, großflächigen Stromausfällen handlungsfähig bleiben, insbesondere Verwaltung, Klinikum und zentrale Infrastruktur.
2. **Integration in bestehende Notfallplanung:** Mobile Netzersatzanlagen und Stromerzeuger sind nicht isoliert zu beschaffen, sondern sollen sinnvoll in die bestehende Krisen- und Notfallplanung eingebunden werden.
3. **Koordination mit bestehenden Kräften:** Der Betrieb der Anlagen muss so geplant werden, dass die Feuerwehren, THW, Hilfsorganisationen und andere Einsatzkräfte nicht überlastet oder überfordert werden.
4. **Versorgung und Logistik:** Treibstoffversorgung, Unterbringung, Wartung und Anschlussmöglichkeiten der Anlagen sind von Beginn an mitzudenken, um einen langfristig verlässlichen Betrieb sicher zu stellen.
5. **Nationale Reserve Blackout nutzen:** Fördermittel und Ressourcen der „Nationalen Reserve Blackout“ sollen gezielt und vor allem schnell für Ingolstadt eingesetzt werden.
6. **Aufrechterhaltung zentraler Einrichtungen und der Stadtverwaltung im Krisenfall:** Die Erfahrungen aus der Energiekrise 2022, in der vor dem Neuen Rathaus zeitweise eine mobile Netzersatzanlage betrieben wurde, verdeutlichen die Bedeutung zentraler Einrichtungen – insbesondere des Rathauses – als Arbeitsorte von Krisen- und Führungsstäben im Katastrophenfall. Um die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der Stadtverwaltung sowie den Betrieb zentraler Funktionen dauerhaft sicherzustellen, ist die Ausstattung solcher Einrichtungen mit fest installierten Netzersatzanlagen grundsätzlich zu bevorzugen, da diese schneller verfügbar, ressourcenschonender und organisatorisch deutlich effizienter sind als mobile Lösungen.
7. **Transparenz vs. Sicherheit/Sensible Inhalte:** Ergebnisse sollen dem Stadtrat präsentiert werden; öffentlich wird nur eine zusammenfassende Darstellung von Kapazität, Funktionsfähigkeit und Planungssicherheit bereitgestellt. Standortbezogene, technische oder logistische Details sind ausschließlich nicht öffentlich und in Fachgremien zu behandeln.
8. **Einbindung aller relevanten Stellen der Stadt Ingolstadt:** Planung und Umsetzung sind unter Einbeziehung aller beteiligten Dienststellen der Stadt Ingolstadt, einschließlich der Stadtwerke, vorzunehmen. Hierbei sollen auch Fragen der Stationierung und Vorhaltung geklärt werden.

Stadtrat	11.02.2026	Entscheidung
----------	------------	--------------

Stadtrat vom 11.02.2026

Die Dringlichkeitsanträge der CSU-Stadtratsfraktion V0019/26 und der SPD-Stadtratsfraktion V0050/26 werden gemeinsam behandelt.

Herr Müller regt eine gemeinsame Behandlung der TOPs 19.2, 19.3 und die Anfrage - Öffentlichen Schutzräumen an.

Nach seinen Worten sei es inzwischen aktuell Gemeingut, dass man bei der Sicherheitslage von Bund, Ländern und Gemeinden eine Zeitenwende erlebe. Es seien eben nicht nur die militärischen Szenarien, Cyberangriffe und hybride Bedrohungen in der kritischen Infrastruktur, auf die man sich potenziell vorbereiten müsse, sondern auch Extremwetter, Pandemie, Energiekrisen bis hin zu Stromausfällen. Auch weitere Katastrophenszenarien rücken in den Vordergrund und Bedrohungen werden insgesamt komplexer. Herr Müller betont, dass die Stadt Ingolstadt hier nicht bei null beginne. Man betreibe längst eine Notfallplanung auf der Grundlage von Risikoanalysen und Krisenvorsorge. Hierzu verweist er auf den Bereich der Katastrophenschutzplanung mit dem Katastrophenschutzsonderplan Hochwasser. Auch Vulnerabilitätsanalysen zur kritischen Infrastruktur werden betrieben. Es seien Konzepte zur Sicherstellung der Wasser- und Abwasserversorgung erarbeitet worden. Weiter verweist Herr Müller auf das aktuelle Leuchtturmkonzept, dass die freiwilligen Feuerwehren erarbeitet und in Kraft gesetzt haben. Seit Beginn des Jahres 2023 gebe es eine entsprechende Katastrophenschutz Einsatzleitung mit entsprechender Ablaufplanung, sowie eine aktualisierte Notfallplanung Stromausfall. Zu Beginn dieses Jahres habe man den stadt-eigenen Ratgeber für die Bevölkerung zur Notfallvorsorge und Verhalten in Krisensituationen aktualisiert und veröffentlicht. Herr Müller informiert, dass es seit 2016 eine aktualisierte Bedrohungseinschätzung der Bundesregierung zur Verteilung, zum Schutz der Bevölkerung gebe. Spätestens seit dem anhaltenden Krieg in der Ukraine warten weitere große Aufgaben auf die Stadt. Zum einen müsse die Bevölkerung stärker sensibilisiert werden. Es müsse für mehr Eigenversorgung geworben und gleichzeitig den Menschen die Sorge genommen werden. Auch die öffentlichen Strukturen im Zivil- und Katastrophenschutz müssen insgesamt gestärkt und revitalisiert werden. Die Planungen für den Zivilschutz in der zivilen Verteidigung müssen neu konzipiert und aufgebaut werden, da im Rahmen der sogenannten Friedensdividende vieles nicht mehr fortgeschrieben worden sei. Auch Strukturen seien abgebaut und konkrete Vorkehrungen nicht mehr ergriffen worden. Diese Revitalisierung erfolge beim Freistaat Bayern und auch bei anderen Bundesländern, in einem strukturieren Top-Down-Prozess. Dies bedeute, dass dies von der Bundes- über die Landesebene bis hin zu den Kommunen gelte. Die Länder führen die Auftragswege aus. Fest stehe, dass Teile der zivilen Verteidigung über die kommunale Ebene entwickelt und operativ abgewickelt werden. Der derzeitige Meilenstein sei, dass der Freistaat im Februar des letzten Jahres eine Projektgruppe zur Koordinierung der zivilen Verteidigung in Bayern, angesiedelt im Staatsministerium mit insgesamt sieben Teilprojekten, eingerichtet habe. Diese befassen sich mit der Aufrechterhaltung der öffentlichen staatlichen Funktionen bis hin zu Krisenstrukturen, Sicherheitsstellungsgesetzen und auch den sogenannten Operationsplan Deutschland. Im Mai des vergangenen Jahres sei auf der Ebene der Regierung eine entsprechende spiegelbildliche Koordinierungsgruppe eingerichtet worden. Den Kommunen, dem Landkreis und den kreisfreien Städten sei im Sommer letzten Jahres empfohlen worden, eine übergeordnete Koordinierungsperson einzustellen. Dies sei aktuell im Amt für Brand- und Katastrophenschutz erfolgt, so Herr Müller. Im Dezember des letzten Jahres haben erste Multiplikatoren Schulungen für die Kommunen zum Aufbau der sogenannten zivilen Alarmplanung stattgefunden. An diesen Veranstaltungen habe der Leitungsbereich des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz teilgenommen. Im laufenden

ersten Halbjahr des Jahres 2026 werde der Freistaat ein Konzept für die Objekterfassung schutzbedürftiger ziviler Objekte in Bayern vorbereiten. Dies bedeutet so Herr Müller, dass das Innenministerium und die Regierung von Oberbayern mit der zivilen Alarmplanung und der Erfassung schutzbedürftiger ziviler Objekte begonnen habe, konkrete Aufgaben auf die Ebene der Landkreise und der kreisfreien Städte auszurollen. Eine Identifizierung von Schutzräumen werde im Laufe des Jahres folgen. Die kreisangehörigen Gemeinden werden dann in der Folgezeit auch eingebunden werden. Diese müssen die ihnen zugewiesenen Aufgaben bis Ende des Jahres 2027 abschließen. Die eingegangenen Anträge belegen ein berechtigtes Informationsbedürfnis. Herr Müller begrüße dies ausdrücklich, denn bei allen Maßnahmen und Entscheidungen in den nächsten Monaten bis hin zu Jahren, müsse die Bevölkerung zwingend mitgenommen werden. Insoweit geht Herr Müller auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion ein. Vorschlag seitens des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz sei, sich im Vorlauf fortlaufend mit der Analyse von Gefahrenlagen zu befassen und die Bewertung der Vorsorgestrukturen im Rahmen dieser Analyse. Eine öffentliche und stadtweite Darstellung solcher Inhalte bringe immer das Risiko, unbeabsichtigte potenzielle Angriffspunkte zu bieten. Hierzu verweist Herr Müller auf den Anschlag in Berlin bei einer Kabelbrücke Anfang Januar. Hier seien tausende Haushalte tagelang ohne Strom gewesen. Wesentliche Informationen zur Vorbereitung dieses Anschlags seien aufgrund gesetzlicher Veröffentlichungspflicht frei im Internet zugänglich gewesen. Vor diesem Hintergrund schlägt Herr Müller vor in nichtöffentlicher Form einen Bericht über die grundsätzliche Entwicklung, die Zielrichtung und Handlungsfelder im Bereich des Zivil- und Katastrophenschutzes zu geben. Weiter verweist er auf den Antrag der CSU-Stadtratsfraktion zur Einrichtung einer Arbeitsgruppe zur zivilen Verteidigung. Dieser Antrag werde für eine der nächsten Sitzungen noch aufbereitet. Das Thema müsse mit dem Referat I besprochen werden. Hier seien Aufgaben gefordert, die über den Grund- und Katastrophenschutz hinausgehen. Insofern benötige man hier personelle Ressourcen. In diesem Rahmen könne eine entsprechende Berichterstattung erfolgen. Weiter informiert Herr Müller, dass sich die Stadt in das Förderprogramm zum nationalen Aufbau einer nationalen Reserve Blackout einklinke. In diesem Rahmen sollen mobile Netzersatzanlagen angeschafft werden. Es sei so, dass das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe im Dezember letztendlich ohne Abstimmung mit dem Innenministerium des Bundes die Landesministerien informiert habe, ein solches Programm aufzulegen. Diese haben sich vor den Kopf gestoßen gefühlt und somit dementsprechend Ende Dezember eine lange Liste von Fragen und Kritikpunkten an das Bundesministerium geschickt. Dies bedeutet, dass das Förderprogramm aktiv noch nicht in Kraft gesetzt sei. Aus den ersten Abstimmungsgesprächen sei zu entnehmen, dass zumindest eine Beantragung gemäß Windhundprinzip vom Tisch sei. Insofern sei bis Ende des ersten oder zweiten Quartals mit Freigabe eines solchen Programm zu rechnen. Herr Müller teilt mit, dass er bereits mit Herrn Stockmeier, Stadtwerke Netze, in Kontakt sei und erste Überlegungen für eine Arbeitsgruppe, um ein Betriebskonzept anzudenken, getroffen werden. Dies sei eine wesentliche Voraussetzung. Herr Müller weist nochmals darauf hin, dass die Stadt Ingolstadt sowohl über den Deutschen als auch über den Bayerischen Städtetag informiert werde, sobald dieses Programm freigegeben sei. Weiter verweist Herr Müller auf das Thema öffentliche Schutzräume hin. Auch hier spiele das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe eine wesentliche Rolle. Dieses habe im Dezember gemeinsam mit dem Innenministerium ein sogenanntes nationales neues Schutzraumkonzept erarbeitet. Dieses Konzept werde auf dezentrale Strukturen mit öffentlichen und privaten Räumen setzen. Zum einen handelt es sich um sogenannte schutzgebietende Räume im Bereich des Selbstschutzes. Dies bedeutet, dass sich jeder in seinem näheren Umfeld umschauchen müsse, wo er im Ereignisfall Schutz finden könne. Dieses Verfahren laufe so, dass es in der ersten Phase der Umsetzung um die Identifizierung geeigneter Räumlichkeiten gehe. Das BBK werde dazu begleitende Leitfäden an die Kommunen ausgeben. Zunächst solle die Ausstattung der Räume und die notwendige Beschaffung, auf der Grundlage von vier ausgewählten Pilotkommunen erarbeitet werden. Mit diesen Erfahrungen werde das Konzept, nicht vor März dieses Jahres, dann hochgefahren. Nach Vorlage dieser Daten erfolge eine digitale Erfassung in einer Datenbank. Das Endziel sei eine App, mit der sich die Bevölkerung durch

Informationskampagnen und entsprechende Sensibilisierung mit Schutzmöglichkeiten vertraut machen können.

Stadtrat Dr. Lösel verweist auf den Antrag seiner Fraktion und geht hierbei auf das Schreiben des Deutschen Städtetags mit dem Hinweis der Förderquoten ein. Er bittet, dieses Thema weiter zu verfolgen. Im Hinblick auf die vielen Katastrophen wie im Ahrtal, oder jüngst in Berlin, sei es für ihn wichtig, eine größere Einschätzung der gesamten Lage zu erhalten. Seines Erachtens müsse die Kommune darauf reagieren, denn die Besonderheiten, die sich ergeben, seien immer wieder die gleichen. Stadtrat Dr. Lösel verweist hierzu auf den Ausfall der Handynetzzversorgung und die App. Darüber hinaus gebe es die Situation, dass die IT besonders betroffen sei. Weiter verweist er auf die sogenannten autonomen Versorgungszellen. Mit diesem Thema müsse man sich beschäftigen. Die Problematik sei, wenn sich ein Glied der Bereitschaftskette wegen persönlichen Bedürfnissen nicht beteilige. Insofern müsse der Bereitschaftsdienst größer und umfangreicher bedacht werden. Stadtrat Dr. Lösel regt ein regelmäßiges Lagebild an, damit der Stadtrat in nichtöffentlicher Sitzung darüber entsprechend beraten könne. Weiter regt er die Beratung des seitens der Bundesakademie für Sicherheitspolitik vorgelegte Arbeitspapier in den entsprechenden Gremien zu behandeln.

Oberbürgermeister Dr. Kern verweist auf die Verfügbarkeit der Helfer und merkt an, dass er hierzu ein Gespräch mit dem Staatssekretär Ludwig geführt habe. Da viele Ehrenamtliche in mehreren Einrichtungen engagiert seien, müsse geklärt werden, wo diese dann ihren Dienst leisten.

Stadtrat Witty verweist auf das Thema Katastrophen-Resilienz und merkt an, dass die Katastrophenszenarien immer vielfältiger werden. Hierzu verweist er auf den IT-Sicherheitsvorfall des Klinikums. Stadtrat Witty sei nicht damit zufrieden, in nichtöffentlicher Sitzung einen Lagebericht zu erhalten. Seines Erachtens müsse die Bevölkerung hier mitgenommen werden. Es sei richtig, dass man nicht bei null beginne, aber dies müsse gegenüber der Bevölkerung kommuniziert und deren Fragen hier eingebunden werden. Stadtrat Witty regt eine Bürgerversammlung an, denn es könne nicht erst im Katastrophenfall über Konzepte und Strategien entschieden werden. Der Appell von Stadtrat Witty sei, die Bevölkerung mitzunehmen und nicht nur in der Theorie zu bleiben, sondern auch den Weg in die Praxis zu gehen.

Den Erläuterungen von Herrn Müller entnimmt Stadtrat Over, dass es keine Bestrebungen zur Anfrage der ödp-Stadtratsgruppe gebe. Als ehemaliges Mitglied der Blaulichtfamilie erschließe es sich ihm nicht, welche Interna, die Netze oder Leitungen betreffend, dabei an die Öffentlichkeit gelangen sollen. Für ihn sei wichtig, was man im Haushalt tun könne, um sich zu schützen, und wie man den nächsten Leuchtturm erreiche. Stadtrat Over gehe davon aus, dass die Verwaltung aktuell in den Vorbereitungen für einen Katastrophenschutztag für das Jahr 2026 bzw. 2027 sei.

Oberbürgermeister Dr. Kern verweist hierzu auf den städtischen Katastrophenschutzflyer in verschiedenen Sprachen, der auch in PDF erhältlich sei. Er weist darauf hin, dass die Gesellschaft hier sensibilisiert werden müsse.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll verweist auf den Flyer und betont, dass nicht bei null begonnen werde. Dies zeigen auch die vielen Diskussionen in der Kommission für Brand- und Katastrophenschutz. Da das Thema Schutz und Vorkehrungen gegenüber Katastrophenszenarien immer stärker werde, müsse dies auch in der Geschäftsordnungskommission betrachtet werden. Ihres Erachtens sei man hier gut aufgestellt, da die Referenten mit Satellitentelefonen ausgestattet seien. Für die neue Stadtratsperiode regt Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll an, beim Thema Zivilschutz stärker einzusteigen und die Strukturen im Einzelnen zu prüfen und zu beleuchten.

Für Stadtrat Dr. Speth mache es keinen Sinn, dass der Flyer nur online abzurufen sei, da bei Stromausfall, dann nicht darauf zurückgegriffen werden könne. Seines Erachtens müsse dieser verteilt werden und seitens des Bundesamtes für Katastrophenschutz entsprechende Hinweise, was die Haushalte im Notfall vorhalten sollen, gegeben werden.

Im Idealfall solle der Flyer vorab zur Kenntnis genommen werden, so Oberbürgermeister Dr. Kern. Er weist darauf hin, dass dieser in gedruckter Form vorliege.

Stadtrat Over wisse nicht, ob es beruhigend sei, dass die Referenten mit einem Satellitentelefon ausgestattet seien. Seines Erachtens sei es sinnvoll, dass die Bevölkerung an einem Bevölkerungsschutztag informiert werde. Der Flyer solle in Papierform an die Bevölkerung versandt werden, damit diese im Notfall auch bei Stromausfall darauf zugreifen können.

Herr Müller verweist auf die Diskussionen beim Deutschen Städtetag zum Thema Bereitschaftsdienste. Das seitens Stadtrat Dr. Lösel angesprochene Thema der Mehrfachverpflichtung sei in dieser Ausprägung noch nicht diskutiert worden. Die Zahl der zur Verfügung stehenden Bereitschaftsdienste schrumpfe dadurch zusammen. Herr Müller sichert zu, dieses Thema mitzunehmen und entsprechend anzudenken. An Stadtrat Witty gewandt müssen bei den Verbesserungspotentialen die Schwachpunkte aufgedeckt werden. Entscheidend für Herrn Müller sei, für Berichte immer zur Verfügung zu stehen und entsprechende dynamische Vorschläge zu machen. Es sei klar, dass im Zuge aller Entscheidungen und Maßnahmen, die in nächster Zeit auf die Stadt zukommen werden, die Information und die Kommunikation der Bevölkerung nachfolge. Es solle besonnenes Handeln in die Bevölkerung vermittelt und gerade keine Panik hervorgerufen werden. Dies werde auch in den Arbeitsgremien diskutiert. An Stadtrat Over gewandt teilt Herr Müller mit, dass der Antrag zum Bevölkerungsschutztag in der kommenden Stadtratssitzung auf der Tagesordnung sei. Ob dies nun als Bevölkerungsschutztag betitelt werde, oder eine andere Begrifflichkeit erhalte, sei zu klären. Wesentlich sei aber, dass die Bevölkerung im Rahmen von Anschauungsmaterial und von Fachleuten, die für Fragen und Antworten zur Verfügung stehen, informiert werden. Herr Müller verweist hierzu auf mehrfach stattgefundene Tage der offenen Tür bei der Feuerwehr. Auch zum Jubiläum der Berufsfeuerwehr im Jahr 2018 habe ein übergeordneter Aktionstag gemeinsam mit der Bundeswehr, der Polizei und den Hilfsorganisationen, stattgefunden.

Stadtrat Schäuble weist darauf hin, dass die Diskussion zum Bevölkerungsschutz im Ausschuss zu behandeln sei.

Für Stadtrat Wittmann klinge das Ganze sehr interessant aber auch sehr theoretisch und bürokratisch. Die Vorgehensweise halte er für die Richtige. Stadtrat Wittmann zeigt sich verwundert, dass es in Ingolstadt keine Auflistung von Schutzräumen gebe. Wenn man erst im Notfall damit beginne etwas zu suchen, sei dies nicht sinnvoll.

Oberbürgermeister Dr. Kern merkt an, dass bei den Schutzräumen darauf hingewiesen worden sei, auch nach dezentralen Lösungen zu suchen. Für die Versorgung wichtig seien auch die Leuchttürme.

Herr Klarner informiert, dass der Flyer dazu diene, die Bevölkerung bei der Vorbereitung zu unterstützen. Dieser sei 2023 an die Haushalte verteilt worden. Eine Neuauflage im vergangenen Jahr habe es in Zusammenarbeit mit dem Amt für Brand- und Katastrophenschutz und der Berufsfeuerwehr gegeben. In den Ortsteilen sei dieser von den ansässigen Feuerwehren verteilt worden. Herr Klarner verweist auch auf die Leuchttürme, die im Notfall Anlaufstellen sein können. Weiter informiert er, dass auch die Integrationsbeauftragte, mit den Kulturvereinen und Moschee Gemeinden in Kontakt stehe. Den Flyer gebe es auch in anderen Sprachen. Herr Klarner betont, dass der Flyer nicht für den Notfall diene, sondern im Zuge der Vorbereitung verwendet werden solle.

Stadtrat Over merkt an, dass der Leiter des Amtes für Brand- und Katastrophenschutz angedeutet habe, dass eine Liste der Schutzräume bereits vorhanden sei.

(Protokollanmerkung: Nach Rücksprache mit dem Leiter des Amtes für Brand- und Katastrophenschutzes wurde klargestellt, dass es derzeit keine Liste aktiver Schutzräume für die Bevölkerung gibt)

Stadtrat Lipp teilt mit, dass er im vergangenen Jahr eine Landtagsfrage hinsichtlich der Schutzräume in Ingolstadt gestellt habe. Die Aussage sei, dass in Ingolstadt keine öffentlichen Schutzräume vorhanden seien.

Ein wichtiges Signal sei, dass dieses Thema behandelt werde. Die Gesellschaft müsse seitens der Stadt noch intensiver informiert werden. Oberbürgermeister Dr. Kern regt für die nächste Wahlperiode an, hierzu eine Kommission einzurichten.

Die Informationen werden den Mitgliedern des Stadtrates bekannt gegeben.